

Es gilt das gesprochene Wort!

*Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,
werte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,
sehr geehrte Damen und Herren.*

Meine Vorredner haben das Jahr 2017 ausführlich Revue passieren lassen, haben die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den politischen Entscheidungen aufgezeigt und sind größtenteils zu dem Schluss gekommen:

2017 war ganz O.K.;

die Voraussetzungen für 2018 könnten nicht besser sein.

Dass ich mit dieser kurzen Anmerkung meine Haushaltsrede noch nicht beende, liegt daran, dass ich ihre geschätzte Aufmerksamkeit in diesem Jahr auf einige Besonderheiten ziehen möchte.

Zunächst möchte ich ihnen dazu eine Kurzgeschichte von Wolfgang Pütz vorstellen, um im Anschluss genau diese Facetten der Wahrnehmung weiter zu beleuchten:

ANSICHTSSACHE

Ich seh eine vier
sagt er

Du mußt Dich irren
kommt von ihr
es ist die drei

Das kann nicht sein
sagt der dritte
ich seh klar die fünf

Nein, nein
sagt die vierte
das ist alles nicht wahr
es ist die zwei

Und dabei betrachten alle den gleichen Würfel
– jeder von seiner Seite

(W. Pütz)

Ein Jeder / eine Jede von uns betrachtet den Würfel aus seiner / aus
ihrer Perspektive

vielleicht aus Sicht der Finanzierbarkeit

vielleicht auch aus Sicht der Rechtsfragen

oder aus dem Aspekt der Menschlichkeit / der sozialen Fragen

vielleicht auch nur, um bestehende Standards zu erhalten,

.....

*Beginnen wir mit dem Hauptthema der letzten beiden Jahre – der
Befassung mit geflüchteten Menschen.*

*Das Handlungskonzept zur Arbeit mit geflüchteten Menschen wurde im
Sommer 2016 verabschiedet und seither in der Arbeit und in der
politischen Betrachtung einbezogen.*

Nicht verstehen konnten wir die Beratungsfolge zur Frage

*„Förderung der freiwilligen Ausreise für Ausreisepflichtige aus sicheren
Herkunftsstaaten“.*

*Sicherlich haben wir dabei den Würfel von einer anderen Seite gesehen,
denn für uns standen die Fragen des Umgangs, der menschlichen
Betrachtung und der sozialen Belange im Focus.*

*Sie, Herr Landrat, haben bei der Festlegung der Beratungsfolge
ausschließlich die wirtschaftlichen, monetären Punkte im Focus gehabt –
so zumindest unsere Wahrnehmung.*

*Hätten wir ihre Haushaltsrede nicht intensiv verfolgt und genau gelesen,
wäre die Beratung tatsächlich erst im Finanzausschuss gestartet – für
uns nicht akzeptabel.*

In Vorbereitung dieser Thematik hat sich die FWG-Fraktion mit den handelnden Personen in diesem Bereich zusammengesetzt und die Hintergründe genau erfragt.

Dabei haben wir unter anderem den Hinweis erhalten, dass diesem Personenkreis oftmals vor der finalen Entscheidung keine Rückkehrberatung ermöglicht wird,

dass die Niederschrift nicht in der Muttersprache vorliegt

und zeitweilig auch kein Dolmetscher verfügbar ist.

Unterschreiben wir einfach in einer Verwaltung, ohne gelesen zu haben, ohne die Möglichkeit des Verstehens gehabt zu haben? NEIN:

Diese Fragen konnten im Sozialausschuss thematisiert werden und sind – so ist die aktuelle Information - in der Bearbeitung durch Verwaltung und Regionale Flüchtlingsberatungen im Kreis Warendorf.

Sind wir beim Thema Geflüchtete Menschen, kommt das Thema Stellenplan direkt in den Focus.

30,5 neue Stellen waren zunächst vorgesehen, in ihrer Haushaltsrede reduzierten sie, Herr Landrat, den Bedarf direkt auf 27,5.

Im Normalfall hätte jedes Kreistagsmitglied sein Veto einlegen müssen und diese Größenordnung als nicht akzeptabel bezeichnen müssen.

Die Argumente, die zur Neu-, bzw. nachträglichen Einplanung im Stellenplan aufgeführt werden, sind absolut schlüssig.

Verbunden mit der Zusage, dass nur die tatsächlich notwendigen Stellen real besetzt werden, stimmen wir an dieser Stelle zu.

Geschuldet ist die Ausweitung der gesellschaftlichen Herausforderung im Flüchtlingsbereich einerseits,

neuen Aufgaben und steigenden Anforderungen andererseits.

Auch der demographische Wandel ist als eine Seite des Würfels zu betrachten.

Mit der Ausweisung als feste Stelle können nun Mitarbeiter in feste Verträge, statt in Zeitverträgen beschäftigt werden – ein wichtiger Aspekt bei der Stellensuche und der Frage des Arbeitsplatzwechsels.

Auch die Herausforderung, künftig aus Altersgründen ausscheidende Mitarbeiter, durch qualifizierte Nachwuchskräfte nachzubeseetzen, wird mit der Ausweitung des Stellenplans zielgerichtet angegangen.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Zustimmung für uns machbar.

Wir erwarten jedoch, dass in den kommenden Jahren die Bedarfe genau geprüft und der Stellenplan entsprechend reduzierend angepasst wird.

Das Thema Sozialausgaben, egal, von welcher Seite des Würfels wir die Sozialausgaben betrachten,

sie belasten unseren Haushalt immens.

Bereits im vergangenen Jahr habe ich an dieser Stelle die Frage gestellt, „Gibt es ein Weiter so?“

Sicherlich nicht, denn wer soll künftig die Zeche zahlen?

Konzepte im Rahmen der sozialen Arbeit findet man bei der Recherche im Internet;

unter Anderem den Hinweis, dass Investitionen in Infrastruktur,

in Wohn- und Wohnumfeld,

sowie eine veränderte Umgangsweise mit der Unterbringung älterer Menschen probate Mittel zur Kostenreduzierung sein können.

Die wichtigsten Parameter stellen sich jedoch unter dem Begriff „Bildungsmanagement“ vor.

Mit Bildungsmanagement sind alle Menschen erfasst, von der KiTa bis zur Rente, denn nur mit kontinuierlicher Bildung und Weiterbildung sind wir den Herausforderungen unserer schnelllebigen Zeit gewachsen.

In einem Beitrag aus Gelsenkirchen wurde der sogenannte

„Sozialindex im Demographielabor“ benannt.

In diesem werden die Einflussfaktoren auf die Sozialbelastung betrachtet und in Zusammenhang gebracht. Die Intensität der Belastung der einzelnen Indizes stellt wiederum Anforderungen an die entsprechenden Gegenmaßnahmen.

Welche Belastungen wurden dabei betrachtet?

- *Arbeitslosigkeit / Arbeitslosenquote und Langzeitarbeitslosigkeit*
- *Armut / SGB II-Quote und Kaufkraft*
- *Kinder, Jugend und Bildung / KiTa: U3-Betreuung und Schulabgänger ohne Abschluss*
- *Integration / Anteil der Ausländerhaushalte und Arbeitslosenanteil Ausländer*

Die Ableitungen aus dieser Betrachtung führen dazu, dass die Bedarfe im Rahmen der KiTa- und Schulbetreuungen durch multiprofessionelle Teams; das Angebot in der Bildungsstruktur und in der Weiterbildung; das Übergangsmanagement Schule – Beruf und die Weiterbegleitung in Ausbildung und Arbeit als zukunftsweisende Maßnahmen aufgezeigt werden.

In Mitteldeutschland wird der Faktor Bildungsmanagement als Weg zu sinkenden Sozialausgaben definiert.

Mit der Einrichtung eines Bildungsmanagements sollen ineinandergreifende Bildungsangebote aufgezeigt werden,

die das Lernen bis ins hohe Alter transparent darstellen,

die Bildungsabbrüche verringern und Neuorientierungen fördern sollen. Verbunden mit einem entsprechenden Marketing steigen die Nachfragen und somit auch die Bildungsstruktur.

Eine gute Bildungsstruktur ist wiederum für die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen wie auch für das Image der Region und als Standortfaktor von großer Bedeutung.

In der Tageszeitung Die Glocke vom heutigen Tage sind die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Bildung beziffert; 128,4 Milliarden Euro in 2016, das sind 3,5% mehr als 2015 und entspricht einer Pro-Kopf-Ausgabe von 1576,00 €.

Im Rahmen der Programme Kommunale Koordinierung, KommAn, Erasmus, Haus der kleinen Forscher, u.a... ist der Kreis Warendorf auf einem guten Weg der sicherlich noch optimiert werden kann.

Auch die Weiterführung der Schulsozialarbeit ist im Hinblick auf lückenlose Bildung und Bindung unerlässlich.

Die Steigerung der Produktivität und die Erhöhung der aktiv Beschäftigten ist ein Ziel, dass der Kreis Warendorf unter Anderem mit

der Einrichtung der „Amazon-Stelle“ verfolgt. Wichtig ist bei dieser Aufgabe, die individuellen Situationen, Kompetenzen und Fähigkeiten nicht auszublenden.

Betrachten wir eine andere Seite des Würfels, die Finanzen:

Die Bewertung der RWE-Aktien auf den realen Kurswert führt in diesem Jahr dazu, dass hier kein Kritikpunkt von unserer Seite anzumerken ist. Positiver Aspekt ist die zusätzliche Ausschüttung in 2018 von 1,5% je Aktie und in den Folgejahren von 0,5%.

Die Dividendenausschüttungen ermöglichen in 2018 die Modernisierungsprogramme auf Haus Nottbeck und stützen die Maßnahmen zur Präsentation des Liesborner Evangeliars und die Umfeldgestaltung im Museum Abtei Liesborn.

Die Frage der Bürgermeister in ihrer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2018 zum Thema

„Umwandlung und Auflösung der Verbindlichkeiten der GWK gegenüber dem Kreis Warendorf – ohne Liquiditätsfluss – in Eigenkapital der Gesellschaft und Beteiligungsansatz des Kreises“

wird entsprechend unseres Antrages aufgearbeitet und in der zweiten Sitzung des Finanzausschusses in 2018 behandelt.

Verwundert war ich, als ich am Mittwoch, 15. November 2017 die Tageszeitung Die Glocke aufschlug und auf der Kreisseite einen Beitrag des LWL vor mir hatte,

Titel: „LWL könnte RWE-Aktien in 2018 verkaufen“.

Diese Frage wurde in der Finanzausschusssitzung des LWL vom Direktor Matthias Löb aufgeworfen und diskutiert.

Mit dem Verkauf der 6,65 Millionen Aktien könnte der LWL einen Erlös von 100 Millionen € erzielen, heißt es in dem Beitrag.

Die Entscheidung soll möglicherweise schon im Frühjahr 2018 erfolgen. Der Verkauf soll nicht dem Zweck der Stopfung von Haushaltslöchern dienen, sondern müsse nachhaltig wieder angelegt werden.

Was passiert auf dem Aktienmarkt, wenn der LWL tatsächlich seine Anteile veräußert?

Wie entwickeln sich die Kurswerte der Aktie?

Was bedeutet diese Aktion für die RWE-Aktien des Kreises?

Aktionismus ist im Aktiengeschäft nicht gefragt, also werden wir zunächst ruhig unsere Seite des Würfels betrachten, abwarten, wohin die Reise geht, um dann im entscheidenden Moment die erforderlichen Fragen zu stellen und gegebenenfalls aktiv zu werden.

Die positiven Entwicklungen geben uns in diesem Jahr die Gelegenheit, die Entschuldung des Kreises weiter voranzutreiben und damit auch die Entlastung der Kreisumlage.

3,6 Millionen Euro Schuldentilgung ohne neue Kreditaufnahme – ausgenommen der Kredite im Rahmen des Programms Gute Schule – und 5,0 Millionen in den Pensionsfond, für 2018 3,00 Millionen und zusätzlich für die Vorjahre jeweils 1,0 Millionen Euro.

*Für uns ist diese Vorgehensweise akzeptabel, da sie den Inhalt unseres Antrages berücksichtigt – **Keine Neuverschuldung!***

Ob die Anlage in den jeweiligen Fonds tatsächlich der richtige Weg ist, wird sich erst in einigen Jahren zeigen.

Mit dem Wechsel des Vermögensverwaltungsmandates von der DZ Bank AG zur DZ Privatbank S.A. gehen wir einen Weg, bei dem die Mutterbank im Ausland sitzt und unsere Vertragspartnerin in Deutschland ihren Sitz hat.

Die rechtlichen Fragen sind sehr komplex und sicherlich von der Verwaltung ausreichend geprüft worden.

In Zukunft ist bei derartigen Vorschlägen ein Alternativangebot hilfreich und lässt die Kompetenzen und Schwächen der Anbietenden deutlicher erkennen.

*Mit der Festsetzung der Kreisumlage auf den Hebesatz von 35,4%
und der Jugendamtsumlage auf 16,3%*

sind die Erwartungen für das Jahr 2018, die im Oktober noch wesentlich schlechter aussahen, übertroffen worden.

Wirklich übertroffen?

Nein, denn die Zahllast für die Kommunen ist trotz Senkung der Kreisumlage um 3,2% in Summe um 130.000 € höher als in 2017. Besonders betroffen ist hier Sendenhorst mit einer erhöhten Zahllast von 628.000 €,

positiv wirkt sich die Reduzierung auf Warendorf aus, das im Vergleich zu 2017 365.000 € weniger zu berappen hat.

Auch die Jugendamtsumlagesenkung um 1,1 bringt Gewinner und Verlierer mit sich; 358.000 € mehr hat ebenfalls Sendenhorst zu tragen; für Everswinkel ist eine Reduzierung um 85.000 € zu verzeichnen.

Mit diesen Senkungen der Kreisumlage und auch der Jugendamtsumlage wird der positive Effekt in der Haushaltssituation des Kreises an die Kommunen weitergegeben.

Arbeiten wir gemeinsam daran, diese positiven Effekte auch in den kommenden Jahren zu erreichen.

Leider sind uns bei den großen Parametern die Hände gebunden.

Bund und Land sind nach wie vor die Kostentreiber und geben immer mehr Aufgaben und Verantwortungen nach unten weiter.

*Am 6. November war dann überraschend in der Presse zu lesen,
„Kein Bedarf für längere Startbahn“.*

Mit dieser Meldung wurden alle politisch Aktiven überrascht,

denn über Jahre hinweg war die Verlängerung der Startbahn ein Hauptthema, das einen enormen Finanzbedarf hatte. Der Beschluss wurde in der Aufsichtsratssitzung im Oktober 2017 gefasst.

So weit so gut –

doch das Thema FMO führt bei mir auch zu Verärgerung,

denn wie allen bekannt ist, ist der neue Geschäftsführer des FMO seit Anfang des Jahres im Amt

und stellte sich in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt, Planung und Verkehr im September den Ausschussmitgliedern vor.

Unserem Antrag auf gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt, Planung und Verkehr und des Finanzausschusses wurde nicht gefolgt.

Und das unter dem Aspekt der finanziellen Fragen, die in jedem Jahr den Finanzausschuss zum FMO beschäftigen.

Sicherlich hätten einige Fragen an den Geschäftsführer direkt gestellt und zur Zufriedenheit beantwortet werden können.

So wurden unsere Fragen kurz, knapp und lapidar schriftlich beantwortet und führten zu einigen Unmutsreaktionen.

Liebe Verwaltung, lieber Ausschussvorsitzender, auch unsere Fragen sind wichtig und betrachten sicherlich eine andere Seite des Würfels. Gerade Hinterfragen bringt in Entscheidungsfragen ein fundiertes und begründbares Ergebnis!

Und damit sind wir bei dem Thema des Umgangs miteinander.

In der Sitzung des Kreisausschusses am 13.10.2017 habe ich mündlich vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt, die Thematik FMO zur Beratung im öffentlichen Teil aufzunehmen.

Sicherlich wäre ein schriftlicher Antrag zur Änderung der Tagesordnung geeignet gewesen, dieses Thema fundiert aufzuarbeiten.

*Ein mündlicher Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung wurde bislang jedoch **nicht nur** seitens der FWG-Fraktion gestellt, sondern wurde auch von anderen Fraktionen so gestellt.*

Die Reaktion auf diesen Antrag hätte ich mir bis zu dem Zeitpunkt nicht vorstellen können,

denn als erwachsene Frau, die eine sachliche Anfrage stellt,

kann ich nicht erwarten, dass ich eine emotionale Explosion auslöse. Völlig unangemessen und in überhöhter Lautstärke wurde ich „heruntergeputzt“;

und das noch mit dem Beifall des Kollegen der FDP-Fraktion.

So nicht – Herr Landrat!

Was erwartet uns denn nun in 2018?

Betrachten wir unseren Würfel einmal von der Finanzseite

- Hoffentlich zeigen sich die positiven Aspekte in der Wirtschaft weiterhin und sorgen für gut gefüllte Kassen.*
- Hoffentlich erweisen sich die Planzahlen in den Bedarfsgemeinschaften als angemessen.*
- Hoffentlich erweisen sich die Planungen für die Infrastruktur- und Baumaßnahmen als zutreffend und entwickeln kein Eigenleben wie die Elbphilharmonie.*

Betrachten wir den Würfel von der rechtlichen Seite

- Drücken wir die Daumen, dass Bund und Land nicht weitere Prüf- und Kontrollaufgaben an die unteren Ebenen weitergeben.*
- Drücken wir die Daumen, dass die Gesetzgebung in Bund und Land nicht zu weiteren finanziellen Belastungen und personellen Einschnitten führt.*

Betrachten wir den Würfel von der Standardseite

- *Nutzen wir die Chance, die bislang bestehenden Standards zu optimieren*
- *Nutzen wir die Chance, die Standards zu überprüfen und haben den Mut, Überflüssiges zu entfernen.*

Betrachten wir den Würfel von der sozialen Seite

- *Lasst uns immer die Menschlichkeit im Focus behalten und entsprechend die Vorgaben abwägen und bewerten.*
- *Lasst uns ein offenes Ohr für die Belange der Benachteiligten haben und nehmen ihre Sorgen ernst.*
- *Lasst uns kreative Projekte entwickeln, die langfristig zu einer nachhaltigen Reduzierung der Kosten im sozialen Bereich beitragen.*

Danke Allen, die zur Erstellung und Weiterentwicklung des vorgelegten Entwurfes beigetragen haben.

Danke vor allem den Mitarbeitern der Kämmerei, die zahlreiche Stunden in den ausführlichen Plan investiert haben und ihre monetäre Betrachtung gegen die berechtigten Wünsche und Erfordernisse abwägen mussten.

Danke auch an meine Fraktionsmitglieder, die unermüdlich die Fragen zusammengetragen und ihre Positionen in den Ausschüssen gut vertreten haben.

Die FWG-Kreistagsfraktion wird den Haushalt und den Stellenplan mittragen und der Verabschiedung am heutigen Tage zustimmen.

In diesem Sinne Ja zum Haushalt

und ihnen allen eine ruhige Weihnachtszeit,

ein gutes Jahr 2018

und viel Glück und Gesundheit.

Dorothea Nienkemper, Fraktionsvorsitzende

